

Das linke Amerika erhebt seine Stimme

USA Bei «Town Hall Meetings» lassen die Demokraten ihrem Ärger über Trump freien Lauf - Augenschein in der Provinz

VON RENZO RUF, BLACKSTONE (VIRGINIA)

Der Lärm ist ohrenbetäubend. Vorne versucht Dave Brat, ein 52-jähriger Abgeordnete im nationalen Repräsentantenhaus, zu erklären, warum er nicht der Meinung ist, dass Präsident Donald Trump in seinen ersten Amtstagen alles falsch gemacht hat. Man müsse in Betracht ziehen, dass sich Demokraten und Republikaner in der Hauptstadt Washington schon lange gegenseitig blockierten, sagt der konservative Parlamentarier. Weiter kommt er nicht.

Im Bankettsaal eines Restaurants in Blackstone (Virginia), 60 Auto-Minuten von der nächsten grossen Stadt entfernt, wird er mit Zwischenrufen der 200 Anwesenden eingedeckt. Brat nimmt einen neuen Anlauf. «Die Aktienkurse explodieren förmlich», sagt er, auch weil die neue Regierung mit der Deregulierung ernst mache. Erneut wird er unterbrochen. «Danke, Präsident Obama», rufen einige Frauen, habe doch der ehemalige Präsident das Fundament für den Wirtschaftsaufschwung gelegt. Andere strecken rote Zettel in die Luft, als wollten sie Dave Brat aus dem Saal jagen.

Solche Szenen spielen sich derzeit im ganzen Land ab - von Virginia an der Ostküste über Iowa in der Landesmitte bis nach Oregon am Pazifik. Weil der Parlamentsbetrieb in Washington einige Tage lang ruht, befinden sich die Volksvertreter auf Heimaturlaub in ihren Wahlbezirken - wo sie traditionellerweise in «Town Hall Meetings» der Bevölkerung den Puls fühlen. Demokraten und linke Aktivisten haben sich geschworen, dass sie diese Informationsveranstaltungen nutzen wollen, um ihrem Ärger über den neuen Präsidenten Luft zu machen, was den Republikanern selbstverständlich nicht entgangen ist.

Eine «organisierte» Kampagne?

Trump sprach am Mittwoch auf Twitter von einer «organisierten» Kampagne, und Brat behauptete vor einigen Tagen, die Demonstranten seien bezahlt. Davon kann an diesem Februarabend in Blackstone allerdings keine Rede sein. Kim Wyman beispielsweise ist aus 200 Kilometern Entfernung angereist, damit sie ihrem Abgeordneten die Meinung sagen kann. «Dave Brat muss zur Kenntnis nehmen, dass er uns nicht ignorieren kann», sagt die energische Aktivistin. «Linke Amerikaner haben seit dem Amtsantritt von



«Wir wurden nicht bezahlt, um hier zu sein. Wir haben bezahlt, um hier zu sein»: Trump-Gegner wehren sich gegen den Vorwurf, ihre Kampagne sei organisiert. KEYSTONE

Präsident Trump das Gefühl, sie hätten in Washington keine Stimme mehr. Das muss sich unbedingt ändern.»

Diese Botschaft stösst bei Dave Brat auf taube Ohren. Der Volkswirtschaftler, der vor seinem Einstieg in die Politik im Jahr 2014 als College-Dozent gearbeitet hatte, ist ein populistischer Staatskritiker, der seine Antworten häufig mit Verweisen auf die amerikanischen Gründungsväter, griechische Philosophen und «jüdisch-christliche Werte» spickt - und mit den meisten Forderungen der Demokraten wenig anfangen kann. Zwar betont er mehrmals, dass er gewillt sei, über die Parteigrenzen hinweg zu arbeiten. In den politischen Fragen aber, die das Land derzeit spalten, steuert Brat einen klaren Rechtskurs. So will er den aufgeblähten

Staatshaushalt gesundsparen, trotz der versprochenen Steuersenkungen. Auch ist er ein erklärter Kritiker der 2010 verabschiedeten Gesundheitsreform. «Obamacare ist soeben kollabiert», sagt Brat. «Hören Sie auf, zu lügen», hallt es ihm daraufhin entgegen.

Brat macht es Spass

So geht es weiter, während gut 60 Minuten und mehr als 30 Fragen, die sich um Themen wie den Klimawandel, die Pressefreiheit, die Zukunft der Sozialwerke und der öffentlichen Schulen sowie um die Rolle Russlands im Wahlkampf 2016 drehen. Häufig sind die Antworten des Parlamentariers ausweichend, weil viele Ideen der republikanischen Mehrheit in Washington noch darauf warten, in Gesetzestexte gegos-

sen zu werden. Brat wirkt dennoch animiert. «Das macht Spass», sagt er, zum Missfallen der Anwesenden.

Nur einmal verliert der Volksvertreter kurz seine Contenance: Als er eine Anekdote erzählt und einige Freunde erwähnt, die für Banken tätig sind, wird er prompt ausgebuht. «Seien Sie nicht so zynisch», sagt er daraufhin. Und dann erinnert er das Publikum daran, dass er wahrlich kein Freund der Grossbanken sei. Schliesslich habe er vor drei Jahren in den Vorwahlen einen hochrangigen Parteikollegen in den politischen Ruhestand geschickt, der nun für eine Investmentbank arbeitet. «Ich habe versprochen, den Sumpf in Washington trockenzulegen, und werde dieses Versprechen halten», sagt Brat. Und für einmal erhält er an diesem Abend Applaus.

«WASHINGTON POST»

«In der Dunkelheit stirbt die Demokratie»

Mit dem neuen Slogan «Democracy Dies in Darkness» setzt die «Washington Post» ein Zeichen im Zeitalter Donald Trumps. Der Satz prangte gestern erstmals über dem Onlineauftritt der Zeitung. «In der Dunkelheit stirbt die Demokratie»: Den Satz hatte der Besitzer der Zeitung und Amazon-Gründer Jeff Bezos 2016 bei einer Rede im Newsroom der «Washington Post» gesagt. «Wir haben diesen Satz lange intern verwendet, wenn wir über unsere Aufgabe gesprochen haben. Wir denken, das ist ein gutes, prägnantes Wertestatement, das auch unseren vielen neuen Lesern vermittelt, wer wir sind», so eine Sprecherin. (SDA)

Der Veteran beugt sich dem Jungstar

Frankreich Der Mitteleuropäer François Bayrou unterstützt den Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron. Damit macht er Druck gegen Marine Le Pen, die sich zunehmend in eine Veruntreuungsaffäre verheddert.

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

TV-Kameras, Mikrofonbündel, Scheinwerferlicht: François Bayrou hatte gestern nochmals eine «heure de gloire» (Stunde des Ruhmes). Seit Jahrzehnten im französischen Politbetrieb, war der Christdemokrat seit 2002 schon dreimal zur Präsidentschaftswahl angetreten; 2007 erzielte er im ersten Wahlgang immerhin 18,6 Prozent der Stimmen und überflügelte fast den konservativen Widersacher Nicolas Sarkozy. Danach sank sein Stern, andere - jüngere - füllten das Vakuum in der politischen Mitte, wie zuletzt Emmanuel Macron (39).

Ihm beugt sich nun der Veteran Bayrou: Auf einer Pressekonferenz erklärte er gestern, er biete Macron eine «Allianz» an, um eine Verzettelung der Kandidaten zu verhindern und einer «extremen Gefahr» vorzubeugen - gemeint war ein Sieg der Rechtspopulistin Marine Le Pen.

Der Entscheid des 65-jährigen Zentrums-politikers war mit grosser Spannung erwartet worden - wenn auch nicht wegen Bayrou, der in den Umfragen nur noch sechs Prozent Stimmen erhält. Wichtig war der Entscheid vor allem für Macron. Der Jungstar aus der früheren Regierungsequipe von Präsident François Hollande stützt sich auf die gleiche Wählerschaft wie Bayrou ab. Gemäss Meinungsumfragen hätte er wegen Bayrous Kandidatur bis zu drei Prozentpunkte eingebüsst - möglicherweise genug, um hinter den beiden Rechtskandidaten Le Pen und Fillon auf dem dritten Platz zu landen.

Le-Pen-Mitarbeiter unter Verdacht

Das französische Präsidentschaftsrennen läuft damit auf einen Dreikampf zwischen Le Pen, Fillon und Macron hinaus. Die Rechtspopulistin liegt im ersten Wahlgang mit 27 Prozent der Stimmen klar vor ihren männlichen Rivalen, denen je 20 Prozent gutgeschrieben werden. In der Stichwahl würde indessen sowohl Fillon als auch Macron klar gegen Le Pen gewinnen. Deshalb dürfte entscheidend sein, wer neben ihr in den zweiten Wahlgang vordringt.

Unabhängig davon gerät Le Pen unter den zunehmenden Druck einer Justizaffäre. Gestern Mittwoch kamen zwei enge Mitarbeiter in Paris-Nanterre in Polizeigewahrsam. Ihr Leibwächter Thierry Légi-



François Bayrou unterstützt bei den Präsidentschaftswahlen Emmanuel Macron.

KEYSTONE

und ihre Büroleiterin Catherine Griset werden verdächtigt, im Europaparlament einen sogenannten «Scheinjob» ausgeübt zu haben. Beide gelten offiziell als parlamentarische Assistenten der Europaabgeordneten Le Pen und erhalten deshalb ein Salär aus dem Ausgabenetat der Abgeordneten. In Wahrheit sollen sie aber Parteiarbeit für den Front National geleistet haben. Das entspräche dem Tatbestand der Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Le Pen bezeichnete die Ermittlungen der Justiz gestern als «politische Intrige», durch die sich ihre Wähler nicht täuschen liessen. Am Montag hatten Polizeiermittler bereits die Parteizentrale des Front National mit einem gerichtlichen Mandat durchsucht. Das Europa-Parlament, das die ganze Affäre ins Rollen gebracht hatte, verlangte von Le Pen bis Ende Januar die Rückzahlung von 339 946 Euro. Die Ultranationalistin verweigerte sich dieser Forderung allerdings, worauf das Europäische Parlament in Strassburg ihre Abgeordnetenbezüge um mehrere tausend Euro kürzte.

Ähnlichen Vorwürfen sieht sich auch der Konservative Fillon in Bezug auf seine Ehegattin ausgesetzt. Er weigerte sich bisher standhaft, Konsequenzen für seine eigene Kandidatur zu ziehen. In den Umfragen legte er in den letzten Tagen wieder leicht zu. Derzeit liegt er mit Macron fast gleichauf. Für Spannung ist somit gesorgt.

NACHRICHTEN

TÜRKIE

Soldatinnen dürfen Kopftuch tragen

Das Kopftuchverbot für Soldatinnen in der Türkei ist aufgehoben worden. Neu ist es Frauen in der Armee erlaubt, ein Kopftuch in den Farben der Uniform zu tragen. Nicht erlaubt sind gemusterte Stoffe. (SDA)

DIPLOMATIE

Zypern-Gespräche auf der Kippe

Eine für heute Donnerstag geplante neue Runde der Gespräche zur Lösung der Zypernfrage ist abgesagt worden. Der türkisch-zyprische Volksgruppenführer Mustafa Akinci habe seine Teilnahme am Treffen abgesagt, teilte die Regierung in Nikosia mit. Anlass des Streits ist der Beschluss des Parlaments der Republik Zypern, dass in den Gymnasien einmal im Schuljahr für etwa zehn Minuten über ein Referendum aus 1950 diskutiert wird. Damals hatten sich mehr als 95 Prozent der griechischen Zyperer für eine Vereinigung mit Griechenland ausgesprochen. Die türkisch-zyprische Seite interpretiert diesen Parlamentsbeschluss als Zeichen dafür, dass einige Kreise der griechischen Zyperer nicht die Versöhnung mit den türkischen Zyperern im Hinterkopf hätten. (SDA)